

Das große
M+E-Quiz
auf Seite 4

Keine Zeit verlieren! Wir müssen raus aus der Krise

Ein erster Schritt ist geschafft: Mitte Juli 2025 hat der Bundesrat den Weg für den Investitionsbooster freigegeben. Er ist die erste große wirtschaftspolitische Initiative der neuen Bundesregierung. Und ein wichtiges Signal für den Standort. Verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten bedeuten, dass Investitionen in Deutschland für Unternehmen in den ersten Jahren steuerlich attraktiver werden. Und auch die Aussicht darauf, dass ab 2028 die Körperschaftsteuer schrittweise sinken soll, kann ein dringend benötigter Wachstumsimpuls (nicht nur) für die M+E-Industrie sein.

Klar ist aber: Das darf nur der Anfang sein. Vor allem im Vergleich zu nichteuropäischen Ländern ist der Standort Deutschland in vielen Bereichen nach wie vor kaum konkurrenzfähig. Die Steuern werden weiterhin über dem Durchschnitt der Industrieländer liegen. Gleichzeitig liegen Energiekosten, Bürokratielasten und Arbeitskosten an der Spitze. Jahrzehntelange Versäumnisse auf diesen Gebieten lassen sich nicht in wenigen Monaten aufholen. Das wird nur durch eine schnelle und vor

allem dauerhafte Verbesserung der Standortbedingungen gelingen. Wie dringlich grundlegende Reformen sind, zeigt die wirtschaftliche Entwicklung bei M+E: Die Produktion in Deutschlands wichtigstem Industriezweig ist neun Quartale in Folge gesunken und liegt derzeit 18 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau von 2018 – also vor Rezession, Corona-Pandemie und Ukrainekrieg. Die Kapazitäten der Unternehmen waren im Juli 2025 weiterhin nur zu 78 Prozent ausgelastet – 42 Prozent der M+E-Betriebe melden Auftragsmangel. Diese Lage trifft zunehmend auch die Beschäftigten: Seit 2023 sind über 150.000 Arbeitsplätze bei M+E verloren gegangen.

Die Bundesregierung muss ihren ersten Reformschwing deshalb unbedingt beibehalten: „Wir haben alle Chancen und sehr starke Argumente für Investitionen am Standort Deutschland“, sagt Gesamtmetall-Präsident Dr. Stefan Wolf. Deutschland hat das Potenzial für höheres Wachstum. Aber nur schnelles, energisches Handeln durch die Politik kann eine echte Aufwärtsspirale einleiten.

Interview

„Wir haben in Deutschland ein Kostenproblem“

Herr Dr. Wolf, die neue Bundesregierung ist nun seit ein paar Monaten im Amt. Wie bewerten Sie den Start des Teams um Friedrich Merz?

Wir haben in Deutschland seit vielen Jahren ein Kostenproblem. Energie, Bürokratie, Steuern und die Sozialabgaben, die die Produkte immer teurer machen. Hinzu kommt das berechtigte Gefühl der Bürger, zwar viele Steuern und Abgaben zu zahlen, aber dafür immer seltener eine entsprechende Gegenleistung zu sehen. Die vorigen Bundesregierungen haben sich geweigert, die Probleme zur Kenntnis zu nehmen. Die neue Bundesregierung steckt den Kopf nicht mehr in den Sand, das ist erfreulich. Und mit dem Investitions-Sortprogramm und der Energiekostensen-

kung sind konkrete Maßnahmen beschlossen worden, die auch ankommen. Das ist sehr gut.

Erste Schritte sind also gemacht. Was muss aus Ihrer Sicht aber unbedingt noch passieren?

Zum Kostenproblem gehören auch Bürokratie und Arbeitskosten. Die Kosten der Sozialversicherungen sind die eigentliche Herausforderung. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob das alle Regierungsparteien wirklich verstanden haben – wenn ich beispielsweise sehe, dass die SPD die Sozialabgaben sogar noch weiter erhöhen und so noch weniger Netto vom Brutto im Geldbeutel der Arbeitnehmer will. Aber das zeigt, wie mühsam die weiteren eben-

so notwendigen Reformen werden können.

Wenn die Politik sich wirklich für den Standort einsetzt: Wo steht die deutsche Industrie in fünf Jahren?

Die Bundesregierung braucht nicht nur Mut und Entschlossenheit, sie wird auch ein Quäntchen Glück brauchen. Aber wir haben dann alle Chancen. Wenn die Unternehmen in Deutschland wieder zu Preisen produzieren können, die die Kunden zu zahlen bereit sind, dann bleiben sie lieber hier, als zu gehen. Unsere Branche hat motivierte, hoch qualifizierte Belegschaften, mutige Unternehmen sowie eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Das sind sehr starke Argumente für Investitionen in Deutschland.



Foto: Amin Akhtar

Dr. Stefan Wolf ist Präsident des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall.

WIRTSCHAFTSREFORMEN

Etwas getan, aber noch viel zu tun

Die Bundesregierung hat mit den dringend benötigten Reformen begonnen, die Wirtschaft und Bürger gleichermaßen entlasten könnten. Aber der Reformstau aus den vergangenen Jahrzehnten ist lang. Wo sich dringend etwas tun muss

Investitionen wieder attraktiv machen

Unternehmen brauchen das Signal, dass sich Investitionen am Standort Deutschland wieder lohnen. Das Geld, das sie zum Beispiel für Maschinen und Anlagen ausgeben, stärkt den Standort langfristig. Derzeit investieren Unternehmen aber lieber im Ausland. Immerhin bei den Unternehmenssteuern will die Bundesregierung etwas tun: Ab 2028 soll die Körperschaftsteuer in fünf Schritten um 5 Prozentpunkte sinken. Das wäre eine spürbare Entlastung für die Wirtschaft, die Wachstum fördern und Deutschland im Wettbewerb der Industrieländer wieder attraktiver machen könnte.

Weniger würde wirken

Unternehmenssteuersatz 2024 in Prozent

Deutschland	29,9
Japan	29,7
Frankreich	25,8
USA	25,6
China	25,0
Großbritannien	25,0
Deutschland 2032	24,9*
Durchschnitt Industrie-Staaten	23,8
Polen	19,0
Irland	12,5

* Bei Senkung der Körperschaftsteuer um 1 Prozentpunkt/Jahr ab 2028; Quelle: OECD

Energie wieder bezahlbar machen

Zumindest gegenüber der Wirtschaft will die Koalition ihre Zusagen einhalten: Ab Anfang 2026 soll die Stromsteuer für das Verarbeitende Gewerbe auf die EU-Mindesthöhe von 0,05 Cent/kWh sinken. Davon profitieren auch einige der M+E-Unternehmen. Das ist ein wichtiges Signal, denn dadurch werden die Kosten des Standortes gesenkt. Jede Entlastung hilft – aber gerade für die Industrie werden die Energiepreise ein Wettbewerbsnachteil bleiben: In den USA etwa kostet Industriestrom weniger als halb so viel. Und auch in Nachbarländern wie Polen lässt es sich teils deutlich günstiger produzieren.

18,1 Cent/kWh kostet Industriestrom für mittelgroße Kunden in Deutschland*. In den USA sind es nur **8,2 Cent****.

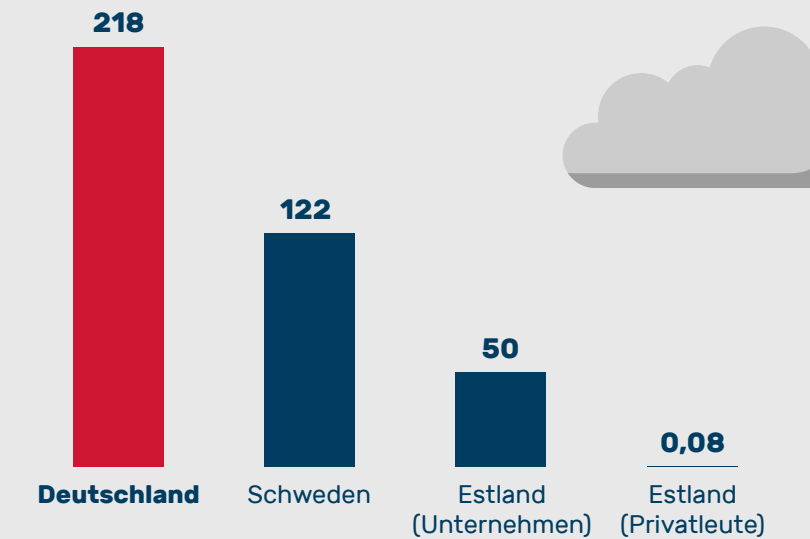
* Durchschnitt 2. Hj. 2024, Verbrauch 2.000 bis 19.999 MWh;
** Durchschnitt 2024, alle Verbräuche; Quellen: Eurostat, EIA

Bürokratie endlich zurückfahren

Ausufernde Bürokratie ist eines der hartnäckigsten Hindernisse für Wachstum – und für den Alltag von Bürgern und Unternehmen. Deutschland muss endlich ein modernes und digitales Land werden. Bislang sind die Zeichen aus dem zuständigen Digitalministerium erfreulich. Jetzt muss die versprochene Abschaffung des deutschen Lieferkettengesetzes ebenso kommen wie die von der EU geplanten Vereinfachungen der Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette. Und alle Bürger könnten profitieren, wenn die Bundesregierung das „One in, two out“-Prinzip aus dem Koalitionsvertrag wahr macht: Dann würden für jede neue Regel zwei bestehende gestrichen.

Zeitfresser Bürokratie

Erfüllungsaufwand je Steuererklärung in Stunden



Quellen: ifo-Institut, e-residency.gov.ee

Fachkräftemangel durch gute Bildung bekämpfen

Der Fachkräftemangel bleibt eine der größten Herausforderungen besonders für die M+E-Industrie. Das hat die Bundesregierung erkannt. Dass sie unter anderem die duale Ausbildung stärken will, ist daher richtig: Allein in den MINT-Berufen sind rund 370.000 Stellen offen. Es braucht aber noch mehr: Wenn die Wirtschaft wieder anspringen soll, kann Deutschland es sich nicht leisten, dass Millionen junge Menschen keinen Berufsabschluss haben. Die Politik muss deshalb alles für eine bessere schulische Ausbildung und bundeseinheitliche Bildungsstandards tun.

2,9 Mio. junge Menschen ohne Berufsabschluss gab es Ende 2024 in Deutschland

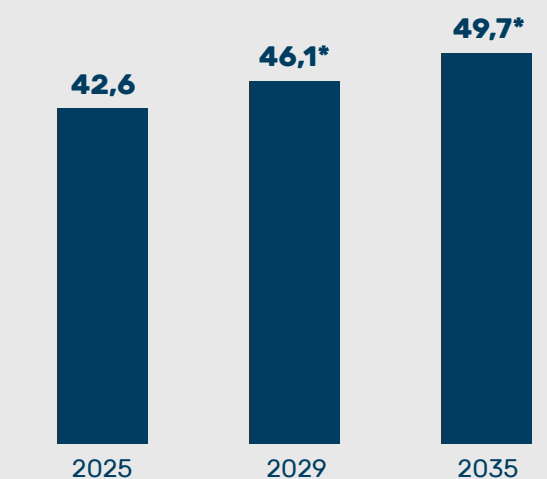
Quelle: Berufsbildungsbericht

Mehr Netto vom Brutto sicherstellen

Bei Rente, Pflege und Krankenversicherung sind grundlegende Reformen notwendig. Die Sozialversicherungsbeiträge dürfen nicht weiter steigen und müssen auf 40 Prozent vom Brutto zurück. Anderenfalls lohnt sich Arbeit in Deutschland für Unternehmen und Beschäftigte immer weniger. Der Bundeskanzler hat zwar fürs zweite Halbjahr Reformen angekündigt. Eine echte Deckelung oder gar Entlastung steht aber nicht zur Debatte. Im Gegenteil: Wenn die SPD fordert, die Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung zu erhöhen, wäre das gerade für M+E-Facharbeiter eine weitere spürbare Belastung.

Immer höher

Gesamtbeitragssatz zur Sozialversicherung



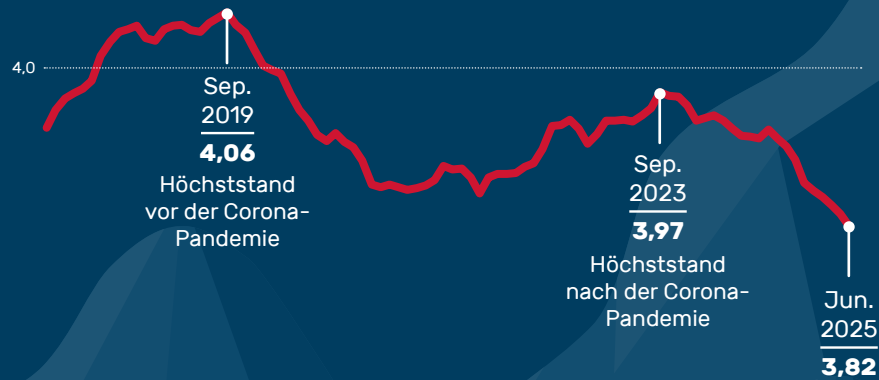
In Prozent des jeweiligen sozialversicherungspflichtigen Bruttolohns; *Projektionen; Quelle: IGES

Im roten Bereich

Die Metall- und Elektro-Industrie steckt weiter in der Krise. Ob Produktion oder Geschäftslage – alles hängt im Minus. Auch die Beschäftigung ist zuletzt immer schneller gesunken. Und die Erwartungen der Unternehmen für die Zukunft zeigen: Für einen echten Stimmungsumschwung hat die neue Bundesregierung bislang nicht gesorgt

Stellenabbau beschleunigt sich

Zahl der M+E-Beschäftigten, Monatswerte in Mio.



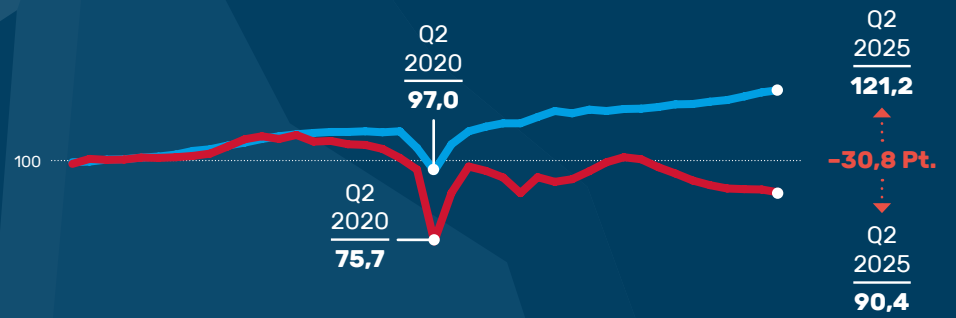
Der Arbeitsmarkt bei M+E verschlechtert sich seit nunmehr 18 Monaten. Im Vergleich zum Höhepunkt vor Corona sind inzwischen sogar mehr als 200.000 Arbeitsplätze in der Metall- und Elektro-Industrie verloren gegangen – und allein 76.000 seit Jahresanfang 2025.

Quelle: Gesamtmetall

M+E immer weiter abgehängt

Produktionsentwicklung, Index 2015=100

— Industrieproduktion weltweit
— M+E-Produktion Deutschland



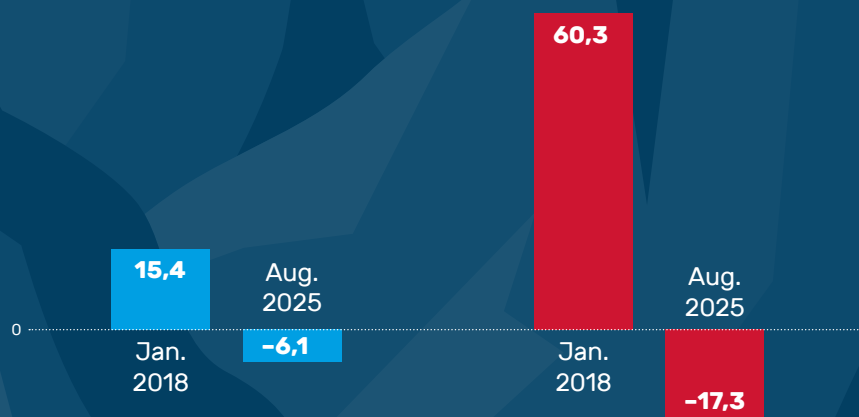
Auch die Produktion bei M+E verharrt im Sinkflug. Inzwischen dauert er schon mehr als zwei Jahre. Weil sich der Rest der Welt deutlich besser entwickelt, wird hier besonders klar, dass der Industriestandort Deutschland unter hausgemachten Problemen leidet.

Quellen: World Trade Monitor, Statistisches Bundesamt, Gesamtmetall

Schlechte Aussichten

M+E-Geschäftsklima, Saldo aus positiven und negativen Antworten

■ Erwartungen
■ Lage



Das Geschäftsklima bei M+E ist weit entfernt vom Niveau vor der Corona- und Energiekrise. Zuletzt hat es sich leicht verbessert, die Unternehmen bleiben aber pessimistisch. Neben der Rezession in Deutschland drücken Unsicherheiten wie Kriege und die erratische US-Zollpolitik auf die Stimmung der Unternehmen.

Quelle: Ifo-Institut

Lage weiter trüb – aber ein Hoffnungsschimmer

M+E-Kennzahlen, 1. Halbjahr 2025 gegenüber Vorjahreszeitraum

+3,8 %
Auftragseingang

-2,6 %
Produktion

-1,0 %
Absatz

-2,6 %
Beschäftigung

Quellen: Statistisches Bundesamt, Gesamtmetall

ME QUIZ

Gute Idee

Um wie viele Prozentpunkte will die Bundesregierung den Körperschaftsteuersatz für Unternehmen senken? Nennen Sie uns den richtigen Wert und gewinnen Sie einen der nebenstehenden Preise.

Viel Glück!



1.+2. Preis
Warmes für die kalten Tage: Brotbackautomat mit 18 Programmen.



3.-5. Preis Leichte und soundstarke Bluetooth-Ohrhörer.

Nehmen Sie online teil:
www.me-zeitung.de/gewinnspiel

Oder senden Sie Ihre Antwort per Post an:
IW Medien GmbH
Stichwort: M+E-QUIZ
Postfach 10 18 63 • 50458 Köln

Spielregeln: Teilnahmeberechtigt sind alle Leser der M+E-Zeitung. Eine Teilnahme über Gewinnspielclubs oder sonstige gewerbliche Dienstleister ist ausgeschlossen. Die Gewinner werden unter allen richtigen Einsendungen ausgelost. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2025. Es gilt das Datum des Poststempels. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Impressum

Herausgeber: Arbeitgeberverband Gesamtmetall • Voßstraße 16, 10117 Berlin • Telefon: 030 55150-0 • E-Mail: info@gesamtmetall.de • **Präsident:** Dr. Stefan Wolf • **Hauptgeschäftsführer:** Oliver Zander

Redaktion: Martin Leutz (verantw.), Carsten Brönstrup, Carsten Büttner, Alexander Dennebaum, Hubertus Engemann, Dr. Eike Frenzel, Stephan Hochrebe, Steffen Jans, Alexander Luckow, Jan Pasemann, Tobias Rademacher, Dominik Schmitz, Nicolas Schöneich, Patrick Schulze, Michael Schwarz, Sabine Stöhr, Joachim Wollschläger, Dr. Ute Zacharias

© **Produktion und Bezugsnachweis:** IW Medien GmbH • Postfach 10 18 63, 50458 Köln • Telefon 0221 4981-216

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH • Klimafreundlich gedruckt durch CO₂-Ausgleich und auf 100 Prozent Recyclingpapier mit mineralölfreien Farben.

